

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 48

Von 25.November bis

01.Dezember 2024

Deponie Reutte Fall für Landtag

Angesichts von Bürgerprotesten und der ablehnenden Haltung Reutes bringt die Liste Fritz zwei „Dringliche“ in den Landtag ein.

Von Helmut Mittermayr

Breitenwang, Innsbruck – Für die Liste Fritz ist der Widerstand gegen die Errichtung einer Deponie am Reuttener Katzenberg in eine lange Liste ähnlich gelagerter Fälle eingebettet. Allein seit 2018 habe die Liste 22 Initiativen in den Landtag eingebracht, um den „Deponie-Wildwuchs zu stoppen“. Das gab Klubobmann Markus Sint am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Breitenwang bekannt. Für Sint fehlt hier die Gesamtschau in einer Region, es müsse zwingend Bedarfsprüfungen geben.

Außerfern hat 15 Jahre Luft

Die Kapazitäten der Tiroler Bodenaushubdeponien reichen laut Sint für weitere zehn Jahre, im Bezirk Reutte sogar für 15 Jahre. Bedarfsprüfungen bei Genehmigungsverfahren oder bei Erweiterungen könnten einen Wildwuchs verhindern. Genau dies wird nun in einen Dringlichkeitsantrag an die Landesregierung gegossen.

Zudem sollte der Ball den Gemeinden zugespielt werden, die bisher unter 100.000 m³ Füllvolumen nicht einmal Stellung nehmen könnten. Sint: „Eine Sonderflächenwidmung sollte künftig notwendig und bei den Gemeinden verankert sein.“ Auch dazu werde ein Dringlichkeitsantrag vorbereitet. Dann

könnten Deponiestandorte im Einvernehmen entstehen.

Josef Lutz (Liste Fritz, Bezirk Reutte) stellte auch in den Raum, dass der Lkw-Verkehr durch die geplante Deponie am Katzenberg ungemein zunehmen werde. Seine Gruppierung sei dagegen, wie auch gegen Maut und Scheiteltunnel am Fernpass.



Foto: Mittermayr

„ Wir fordern eine Verlegung aller Dosierampeln im Außerfern an die deutsche Grenze.“

Hans Dreier
(Bürgerinitiative)

Damit war das Stichwort für Hans Dreier, Mitglied der Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal-Außerfern-Mieminger Plateau“, gegeben. Er forderte eine Verlegung aller sieben Dosierampeln im Bezirk Reutte direkt an die Grenze. Er könne damit leben, dass der Ampelrückstau dann vor allem ein deutsches Problem werde. Im Außerfern könne man dann jedenfalls fahren.



Der Umbau des Iglar Eiskanal ist bereits seit dem Frühjahr im vollen Gange, die Ausfinanzierung des Vorhabens ist hingegen offen. Foto: Daniel Liebl

Mattle sieht Wendepunkt, Kritiker nur leere Kilometer

Die Novelle des Leerstandsabgabengesetzes scheidet die Geister. Die Opposition bezweifelt, dass diese Neuregelungen ein „Gamechanger“ sind.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Es ist eine 180-Grad-Kehrtwende. Zumindest nach den Buchstaben des Gesetzes. Die 277 Tiroler Gemeinden sollen von der Pflicht zur Bekämpfung des (spekulativen) Wohnungsleerstands befreit werden. Mit der seit Freitag vorliegenden Novelle des Leerstandsabgabengesetzes müssen die Kommunen nicht länger ungenutzten Wohnraum mit einer Strafsteuer belegen – sie können. Entscheidet sich aber eine Gemeinderatsmehrheit dafür, so will die schwarze Landesregierung dieser hierfür ungleich schärferes Handwerkszeug zur Seite geben. Indem die Abgabensätze spürbar nach oben wandern (bis zu 30 Prozent eines vom Land für jede Gemeinde festgelegten Basismietwertes) und die Möglichkeit zur Registerabfrage samt Abgleich mit den eingelangten Abgabenerklärungen ermöglicht wird. Was bleibt, ist, dass die Eigentümer Leerstand (ab sechs Monaten) proaktiv den Gemeinden zu melden haben (Selbstbemessungspflicht).

Warten auf Rückmeldungen

Landeshauptmann Anton Mattle (VP) bleibt zuversichtlich, mit der Novelle der Spekulation mit leerstehenden Wohnungen entgegenwirken zu können, auch weil durch effektivere Datenverknüpfung eine effizientere Kontrolle ermöglicht werde. Der Entwurf könne in Kombination mit dem „sicheren Vermieten“ insofern jenen Wendepunkt darstellen, der nach der ersten ernüchternden Bilanz des bestehenden Leerstandsabgabengesetzes stets eingefordert wurde. Dass die Einhebungspflicht für die Gemeinden nun fällt, dazu steht Mattle: „Die Situation in Innsbruck ist nun mal eine andere als in Gramais.“ Dass er einen weiteren Hebel in einer Verklärung des Mietrechts ortet, was Mattle bereits vor Wochen via *TT* bekundete, unterstreicht der VP-Landeschef einmal mehr. Nur: Hier ist der Bund gefragt. Und eine neue Regierung.

Zufrieden zeigte sich gestern Innsbrucks Planungs-Stadträtin



Mit der bestehenden Gesetzeslage wuchsen die Mittel zur Bekämpfung des Wohnungsleerstandes alles andere als in den Himmel. Foto: Springer

„Uns alle eint das Ziel, leerstehende Wohnungen zu mobilisieren, anstatt ins Grüne zu bauen.“

Anton Mattle
(Landeshauptmann, VP)

„Die Möglichkeit einer Registerabfrage und die deutlich erhöhte Abgabe sind entscheidende Schritte.“

Janine Bex (Planungs-Stadträtin
Innsbruck, Grüne)

„Für uns ist es unsinnig, das Problem Leerstand auf die Gemeinden abzuschieben.“

Markus Sint
(Klubobmann Liste Fritz)

tin Janine Bex (Grüne): „Innsbruck ist seit Jahren trauriger Spitzenreiter bei den Mieten – ich begrüße diese längst überfällige Novelle. Sie gibt uns endlich die Instrumente in die Hand, um Leerstände effizienter zu erfassen.“ Die Stadt-SP sieht das Vorhaben ebenso richtig wie wichtig. Auf Landesebene sind die Grünen hingegen weit ablehnender. „ÖVP und SPÖ begraben damit die Abgabe in den Landgemeinden“, so Landtagsabgeordnete Zeliha Arslan. Viele

Dorfchefs würden dem Druck nicht standhalten und die Abgabe nicht einführen, so die Befürchtung.

FP warnt vor „Irrglaube“

Dass auch eine verschärfte Leerstandsabgabe das Problem nicht lösen werde, daran glaubt FP-Chef Markus Abwerzger weiterhin, auch er fordert ein föderalisiertes Mietrecht. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint ortet indes den Versuch, das Leerstandsproblem auf die Gemeinden

„abzuschieben“. Die NEOS bezeichnen die Novelle weiter als „zahnlos“.

Indes weist Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert den Verdacht von sich, die Gemeinden hätten beim Land die Einführungspflicht zu Fall gebracht: „Dieser Vorschlag ist schon vom Land gekommen.“ Er selbst hätte eine einheitliche Lösung bevorzugt, stehe aber zur Gemeindeautonomie. Die neuen Berechnungsmodelle werde man nun prüfen.

Bleibt Land auf 3,9 Mio. Euro sitzen?

Bund zahlt um 500.000 Euro weniger, die Sanierung des Eiskanal kostet um 3,4 Mio. Euro mehr. Jetzt ist ein Streit über die Ausfinanzierung entbrannt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Olympia-Bob- und -Rodelbahn in Innsbruck soll nächstes Jahr in neuem Glanz erstrahlen. 90 Prozent der Baumaßnahmen wurden bereits ausgeschrieben, aber einmal mehr sorgt die Aufteilung der Kosten für einen handfesten Streit.

Ursprünglich wurde das Vorhaben mit 27,4 Millionen Euro beziffert, Land Tirol und Stadt Innsbruck haben entsprechende Beschlüsse für eine Drittfinanzierung über jeweils 9,14 Mio. Euro gefasst. Vom Bund gibt es hingegen eine Absichtserklärung, nur es wird weniger geben: Entgegen den Aussagen von Hochbaureferent und Lan-

„Ohne diese definitive Zusage gibt es momentan keine weiteren Zahlungsbeschlüsse der Stadt Innsbruck.“

Johannes Anzengruber
(Bürgermeister)

deshauptmannstellvertreter Georg Dornauer (SPÖ), dass es seitens des Bundes keine Ablehnung der Drittfinanzierung gebe, werden maximal 8,6 Mio. Euro fließen. Und nicht nur das.

Der Bund wird sich auch nicht an den Mehrkosten beteiligen, denn zwischenzeitlich mussten die Aufwendungen auf 30,8 Mio. Euro hinaufgeschraubt werden. Land und Stadt Innsbruck teilte der Bund überdies klar mit, dass der Fördervertrag erst dann unterschrieben werde, wenn sich die beiden Gebietskörperschaften zur Übernahme der zusätzlichen Kosten verpflichten. Doch da speißt es sich.

Denn die Stadt Innsbruck will davon nichts wissen. „Seit

ich im Amt bin, habe ich darauf hingewiesen, dass der Bund Zusagen über eine Drittfinanzierung von 10,3 Mio. Euro machen muss. Dies wurde so mehrfach in Aussicht gestellt“, betont Bürgermeister Johannes Anzengruber. Offenbar sei seine Befürchtung richtig gewesen, dass der Bund nun doch nicht zu seinem Wort stehe, „weil der jetzt übermittelte Fördervertrag nur 8,6 Mio. Euro zusichert“. Zugleich nimmt Bürgermeister Johannes Anzengruber die Verantwortlichen im Bund in die Pflicht. „Zusammen mit dem Land Tirol fordern wir nachdrücklich die Einhaltung der ursprünglichen Finanzierungszusage. Ohne diese definitive Zusage gibt es momentan keine weiteren Zahlungsbeschlüsse der Stadt.“

Bleibt jetzt das Land möglicherweise auf 3,9 Mio. Euro sitzen? Spekulationen, dass sich der Umbau auf 36 Mio. Euro verteuern könnte, weist Georg Dornauer als „unrichtig“ zurück.

Kritik kommt jedenfalls von der Opposition. „Zuerst Tatsachen schaffen und bauen, aber erst dann nach einer Finanzierung schauen, das ist unprofessionell und unverantwortlich“, empört sich Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. Damit würden Landeshauptmann Anton Mattle (VP) und Dornauer den Steuerzahlern und dem Sport schaden. „Klar ist, je weniger Geld vom Bund kommt, desto mehr Geld müssen die Innsbrucker und Tiroler Steuerzahler brennen. Die Zeche für das fehlende Verhandlungsgeschick der Mattle-Dornauer-Regierung mit dem Bund und für das Bauen vor Ausfinanzierung zahlen die TirolerInnen.“ Sint fordert von Mattle, dass er den Bund bei der Ausfinanzierung nicht aus der Verantwortung lassen dürfe.

Liste Fritz fordert Lärm- schutz für Bahnanrainer

SILZ. Seit Jahrzehnten seien die Bahn-Anrainer in Silz einer Lärm-belastung ausgesetzt, kritisiert Klubobmann Markus Sint von der Liste Fritz: „Seit mehr Züge fahren, ist die Lärmbelastung größer, wenn künftig noch mehr Züge fahren, wird sie unzumutbar.“ Es sei dringend an der Zeit, dass der Gemeinderat sich nun für die Errichtung einer Lärmschutzmauer entscheide, so Sint weiter: „Es liegt alles vor. Das Lärmgutachten im Auftrag der ÖBB kommt zum Schluss, dass die Lärmbelastung zu hoch ist und es Lärmschutz braucht. Die ÖBB und die Landesregierung wollen den Lärmschutz und zahlen ihren Teil dafür. Jetzt liegt auch eine Visualisierung vor, wie die Lärmschutzwände aussehen würden. Die Frage, ob es einen Lärmschutz braucht, ist längst beantwortet. Ja, dringend! Daher müssen der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates jetzt ihre Blockadehaltung



Klubobmann Markus Sint fordert seit Jahren den Lärmschutz. Foto: Liste Fritz

gegen die Lärmschutzmaßnahmen aufgeben und an die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung denken. Lärm macht krank!“, appelliert Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint eindringlich an die Silzer Volksvertreter. Schon ohne Schnellzüge sollen bald 30 Güterzüge alleine in den Nachtstunden durch Silz fahren und mit dem zweigleisigen Ausbau werden es noch mehr werden. Daher dränge die Zeit für einen Lärmschutz.

„Bildungsgeld-Kürzung Anschlag auf Arbeitnehmer“

Tirol | 30.11.2024 16:00



Symbolbild (Bild: thinkstockphotos.de)

Die Liste Fritz kritisiert die geplanten Einkommensgrenzen beim Bildungsgeld. Klubobmann Markus Sint sagt dazu: „Die Mattle-Regierung spart am falschen Platz!“

Als eine „treffsichere Förderung, die gut angenommen wird“, bezeichnet Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag, das Bildungsgeld, das über Arbeitsmarktförderungen den Tirolern bisher zur Verfügung gestellt wurde. „Diese Förderung ist gut für den Wirtschaftsstandort, denn bestens ausgebildete Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir reden hier von Menschen, die sich dreimal pro Woche bis 22.00 Uhr in einen Kurs setzen statt auf die Couch und die ihre Freizeit für Weiterbildung verwenden.“

Kritik übt der Oppositionspolitiker nun an der Richtlinie „Bildungsgeld update neu“, die kürzlich im Arbeitnehmerförderungsbeirat beschlossen werden hätte sollen.



Hier geht es um einen Anschlag auf die Arbeitnehmer, die Betriebe und den Wirtschaftsstandort.

„Wer mehr als 1629 Euro verdient, bekommt nichts“

Den Beschluss brachte die schwarz-rote Landesregierung vorerst nicht durch. Laut Sint sei das gut, denn „hier geht es um einen Anschlag auf die Arbeitnehmer, die Betriebe und den Wirtschaftsstandort“. Was dem Klubobmann sauer aufstößt, sind die „viel zu niedrigen Einkommensgrenzen, die ÖVP und SPÖ einführen wollen“.

Der Politiker rechnet auch konkret vor: „Für einen Alleinstehenden liegt die Grenze bei einem Haushaltseinkommen von 1900 Euro netto, zwölfmal pro Jahr. Klingt besser als es ist, denn auch das 13. und 14 Monatsgehalt werden mit eingerechnet. Wir sprechen also real von 1629 Euro netto, 14 Mal pro Jahr! Wer mehr verdient, fällt um die Förderung um!“



Mattle, Wohlgemuth und Co. können sich dann auch ihre Sonntagsreden sparen, wo sie tränenreich den Fachkräftemangel beklagen.



Markus Sint
Bild: Birbaumer Christof

Weiters bringt Sint zum besseren Vergleich die Armutsgefährdungsschwelle ins Spiel. „Diese liegt derzeit bei 1572 Euro. Eine Förderung für Fachkräfte, die sich aufschulen lassen, kann ja nicht auf dem Niveau der Armutsgefährdung ansetzen!“

„Das abzuwürgen, wäre unsinnig und dumm“

Es sei „dumm und unsinnig“, mit diesen zu engen Einkommensgrenzen die Bildungsgeld update-Förderung „abzuwürgen“, schüttelt der Politiker den Kopf. „Die schwarz-rote Mattle-Regierung spart hier am total falschen Platz und trifft die Falschen, nämlich die Leistungswilligen im Land“, verdeutlicht

„Das abzuwürgen, wäre unsinnig und dumm“

Es sei „dumm und unsinnig“, mit diesen zu engen Einkommensgrenzen die Bildungsgeld update-Förderung „abzuwürgen“, schüttelt der Politiker den Kopf. „Die schwarz-rote Mattle-Regierung spart hier am total falschen Platz und trifft die Falschen, nämlich die Leistungswilligen im Land“, verdeutlicht Sint.

Tirol News

Topinformiert über die Nachrichten aus Tirol



E-Mail



Abschließend sagt der Klubobmann, dass „Mattle, Wohlgemuth und Co. sich dann auch ihre Sonntagsreden sparen können, wo sie tränenreich den Fachkräftemangel beklagen“ und verweist darauf, dass die bestehende Richtlinie nur noch bis Ende des Jahres gelte. Eine Überarbeitung zum Wohle des Standortes sei daher dringend notwendig.

Deponiepläne in Reutte sind für Liste Fritz Blaupause einer Entmündigung



Front gegen Deponie, Tunnel und Maut im Außerfern (v.l.): Hans Dreier von der Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal-Außerfern-Mieminger Plateau“, Markus Sint (Klubobmann Liste Fritz) und Josef Lutz (Liste Fritz-Bezirkssprecher Reutte).

© Helmut Mittermayr



Von Helmut Mittermayr
Mittwoch, 27.11.2024, 20:14

Angesichts von Bürgerprotesten und der ablehnenden Haltung Reuttes zum geplanten Deponieprojekt am Katzenberg bringt die Liste Fritz zwei Dringlichkeitsanträge in den Landtag ein. Eine Bürgerinitiative will die Verlegung aller Dosierampeln im Bezirk Reutte an die Grenze.

Breitenwang, Innsbruck – Für die Liste Fritz ist der Widerstand gegen die Errichtung einer Deponie am Reuttener Katzenberg in eine lange Liste ähnlich gelagerter Fälle eingebettet. Allein seit 2018 habe die Liste 22 Initiativen in den Landtag eingebracht, um den „Deponie-Wildwuchs zu stoppen“. Das gab Klubobmann Markus Sint am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Breitenwang bekannt. Für Sint fehlt hier die Gesamtschau in einer Region, es müsse zwingend Bedarfsprüfungen geben.

Neue, nicht zu große Bodenaushubdeponien seien ein Leichtes in Tirol, ließ Sint wissen. Es brauche nur einen willigen Grundbesitzer und einen Werber. Derzeit gebe es im Land 200 aktive, laut Bundesministerium inklusive inaktiver sogar 344.

Außerfern hat 15 Jahre Luft

Die aktuellen Kapazitäten der Tiroler Bodenaushubdeponien reichen laut Sint für weitere zehn Jahre, im Bezirk Reutte sogar für 15 Jahre. Bedarfsprüfungen bei Genehmigungsverfahren neuer Bodenaushubdeponien oder bei Erweiterungen könnten einen Wildwuchs verhindern. Genau dies wird nun in einen Dringlichkeitsantrag der Liste Fritz an die Landesregierung gegossen.

Zudem sollte der Ball den Gemeinden zugespielt werden, die bisher bei vereinfachten Verfahren unter 100.000 m³ Füllvolumen nicht einmal Stellung nehmen könnten. Sint: „Eine Sonderflächenwidmung sollte künftig notwendig und bei den Gemeinden verankert sein.“ Auch dazu werde ein Dringlichkeitsantrag vorbereitet. Dann könnten Deponiestandorte nur im Einvernehmen zwischen Kommune und Bewerber entstehen.

Garage braucht Widmung, Deponie nicht

Sint glaubt nicht, dass damit künftig keine neuen Deponien mehr entstehen könnten. Es gebe auch andere, oft umstrittene Projekte – von Chaletdörfern über Tankstellen bis zu Bordellen –, die durchaus genehmigt würden. Derzeit fehle aber jede Verhältnismäßigkeit: „Wer in Tirol eine Garage bauen will, braucht eine Widmung der Gemeinde. Bei Deponien, zu der zehntausende Lkw hin- und wegfahren, große Lärm- und Staubbelastung entstehen kann, hingegen nicht.“

Josef Lutz (Liste Fritz, Bezirkssprecher Reutte) stellte auch in den Raum, dass der Lkw-Verkehr durch die geplante Deponie am Katzenberg ungemein zunehmen werde. Die schweren Lkw würden sich auch trotz Beschleunigungsstreifen kaum in den Fließverkehr einordnen können. Denn das gebrochene Material werde ja auch wieder weggeführt. „Deponien dienen ja oft auch als Zwischenlager, was weit mehr Fahrten generiert“, ergänzte Sint. Seine Gruppierung sei entschieden gegen das Projekt am Katzenberg, wie auch gegen Maut und Scheiteltunnel am Fernpass.

„Wir fordern eine Verlegung aller Dosierampeln im Außerfern an die deutsche Grenze.“

Hans Dreier, Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal-Außerfern-Mieminger Plateau“

Damit war das Stichwort für Hans Dreier, Mitglied der Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal-Außerfern-Mieminger Plateau“, gegeben. Selbstverständlich lehne man das Fernpasspaket mit Plänen für Scheiteltunnel und Maut kategorisch ab. Das Fallen der 7,5-to-Tonnagebeschränkung werde von der Landesregierung leichtfertig in Kauf genommen. Dann drohe eine Verdreifachung der Lkw-Fahrten auf der Strecke.

Damit war das Stichwort für Hans Dreier, Mitglied der Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal-Außerfern-Mieminger Plateau“, gegeben. Selbstverständlich lehne man das Fernpasspaket mit Plänen für Scheiteltunnel und Maut kategorisch ab. Das Fallen der 7,5-to-Tonnagebeschränkung werde von der Landesregierung leichtfertig in Kauf genommen. Dann drohe eine Verdreifachung der Lkw-Fahrten auf der Strecke.

Weißbachs Altbürgermeister ließ mit einer neuen Forderung aufhorchen, der Verlegungen aller Dosierampeln im Bezirk Reutte direkt an die Grenze. Er könne damit leben, dass der Ampelrückstau dann vor allem ein deutsches Problem werde. Im Außerfern könnte man dann jedenfalls fahren.

„Der Behauptung der Landesregierung, man könne den Stau nicht auf die deutschen Nachbarn abwälzen, ist entgegenzuhalten, dass die Tiroler Landesregierung den Interessen der hier lebenden Menschen verpflichtet ist, und nicht den Interessen deutscher und italienischer Frächter“, gab sich Dreier kämpferisch.



Dosierampeln, wie hier bei Reutte Süd, sollen den Verkehr nach Wunsch von Bürgerinitiativen schon direkt an der Grenze takten. Ein Rückstau auf die deutsche Autobahn A 7 wäre etwa die Folge.

© Helmut Mittermayr

Ein klares JA zum regionalen Bad

Lob für die Zustimmung der Gemeinden kommt von der Liste Fritz – jetzt ist das Land am Zug.

Für die Liste Fritz stellt der einstimmige Beschluss der Gemeinderäte von Natters, Mutters, Götzens, Birgitz, Grinzens und Axams, sich finanziell an der Errichtung eines ganzjährig geöffneten Regionalbades in Axams zu beteiligen, einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. „Ein großes Lob an die Bürgermeister und Gemeinderäte. Das ist ein positives Signal und ein entscheidender Schritt im Kampf gegen das grassierende Bädersterben in Tirol. Schwimmen rettet Leben, fördert die Gesundheit und ist ein wichtiges, noch leistbares Sport- und Freizeitangebot für uns Tiroler. Daher

sind die Schwimmbäder in Tirol kein Luxus, sondern eine unverzichtbare Infrastruktur, die es zu erhalten und dort auszubauen gilt, wo es Sinn macht und wo es an Versorgung mangelt“, betont Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz.

Erfreulicher Beschluss

Sint begrüßt, dass die Gemeinden im Planungsverband ein starkes Signal gesetzt haben: „Ich weiß aus Gesprächen mit einigen Bürgermeistern, dass die Gemeindekassen in allen Orten angespannt sind. Umso erfreulicher ist der gemeinsame Beschluss und der Zusammenhalt. Als Bürger von Götzens weiß ich auch, wie unverzichtbar das Schwimmbad in Axams für die Region ist. Dieser Beschluss schafft jetzt die Grundlage, um Fördergelder aus dem Bädertopf des Landes abzuholen. Das Signal

ist gesetzt, die schwarz-rote Mattle-Regierung am Zug!“

Offene Fragen

Trotz allem bleiben für Markus Sint auf Landesseite noch zahlreiche Fragen offen. Ganz besonders hinsichtlich der Vergabe von Fördergeldern aus dem Bädertopf. „Die Zeit drängt, die Landesregierung muss jetzt endlich ihre Hausaufgaben machen! Die Gemeinden brauchen endlich Planungs- und Finanzierungssicherheit! Noch immer fehlt eine beschlossene Richtlinie für die Vergabe der Millionen aus dem Bädertopf durch den Bäderbeirat. Offen ist auch, welche Schwimmbadprojekte überhaupt finanziert werden und ob nur das Schwimmen oder auch Geldbringer wie Sauna und Wellnessbereich finanziell unterstützt werden“, drängt Markus Sint die Landesregierung zur



Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz, lobt die Gemeinden für das Bekenntnis zum Regionalbad.

Foto: Liste Fritz

Vorlage klarer Vergaberichtlinien.

Dringlichkeitsantrag

„Wir haben im Tiroler Landtag einen Dringlichkeitsantrag zur Klärung all dieser Fragen vorgelegt. Aber leider haben die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ diesen sinnentleert abgeändert. Statt klare Antworten zu liefern haben sie einen ‘No-Na-Net- Abänderungsantrag’

vorgelegt, der den Gemeinden weder Planungs- noch Finanzierungssicherheit bringt!“

Hausaufgaben erledigen

Die schwarz-rote Landesregierung müsse endlich klare Spielregeln gegen das Schwimmbadsterben vorlegen. „Außerdem verhindern klare Förderrichtlinien, dass Steuergelder verschwendet werden“, fordert Sint eine transparente Verga-

bepaxis ein. „Wenn das Steuergeld überall knapp ist, muss der gezielte Einsatz garantiert sein. In fünf Wochen will die Landesregierung jährlich 15 Millionen Euro Steuergeld verteilen, dann muss sie auch die Förderrichtlinien endlich beschließen und offenlegen. Diese Planungs- und Finanzierungssicherheit brauchen die Gemeinden im westlichen Mittelgebirge und in ganz Tirol!“

WEITERE INFOS

i ... gibt es auf www.meinbezirk.at unter diesem QR-Code:



Lärmschutz in Silz

Liste Fritz fordert klare Entscheidung für Lärmschutz



Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint und Parteiobfrau Andrea Haselwanter-Schneider beim Lokalausgleich mit betroffenen Anrainern in Silz. Foto: Liste Fritz

(mg) Während andere Gemeinden entlang von Bahnstrecken schon lange von Lärmschutzmaßnahmen profitieren, leben die Bürgerinnen und Bürger von Silz noch immer ohne Lärmschutz. Vergangene Woche fand eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung mit Experten aus verschiedenen Bereichen statt. Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint, dessen Partei sich seit Jahren für die Anrainer einsetzt, erwartet sich nun eine klare Entscheidung im Gemeinderat: „Silz ist die einzige Gemeinde in Tirol ohne Lärmschutz gegen den Bahnlärm. Aber nicht, weil die ÖBB oder das Land Tirol diesen Lärmschutz

verweigern, sondern weil die Gemeindeführung diesen Lärmschutz seit Jahren blockiert. Inzwischen sind längst alle falschen Behauptungen mehrfach von Fachleuten ausgeräumt. Lärmschutz ist Gesundheitsschutz und für alle Politikerinnen und Politiker muss die Gesundheit der Menschen absoluten Vorrang haben! Auch Gemeinden haben eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bürgern! Wir erwarten uns nach der jüngsten Aufklärung und Präsentation der Visualisierung daher einen positiven Gemeinderatsbeschluss in Silz. Wer die Zugstrecke im Oberland zweigleisig ausbauen will, muss die Gesundheit der Anrainer schützen.“